



Protokollauszug aus der 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm- lung der Landeshauptstadt Potsdam vom 04.05.2005

öffentlich

**Top 8.13 Eingliederungsvereinbarungen mit Jugendlichen
05/SVV/0295
geändert beschlossen**

Die Vorlage wird von der Stadtverordneten Schulze namens der Fraktion PDS eingebracht. In der 3. Zeile des Beschlusstextes erfolgt durch die Antragstellerin die Terminänderung von „bis Juni 2005“ auf: 31.05.2005.

Anträge zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Näder, Fraktion CDU, beantragt die **Überweisung** in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales und die Stadtverordnete Geywitz beantragt die Überweisung ebenfalls in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmung:

Der Geschäftsordnungsantrag wird

mit 18 Ja-Stimmen

und 18 Nein-Stimmen **abgelehnt.**

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Bretz, Fraktion CDU, beantragt den ‚Schluss der Debatte‘.

Nachdem sich alle Fraktionen zum Beratungsgegenstand geäußert haben,

Abstimmung:

Der Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

In der Diskussion hat der Oberbürgermeister Herr Jakobs – mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit für die Erarbeitung der Integrationsvereinbarung - folgende **Präzisierung** des Beschlusstextes vorgeschlagen:

In der ersten Zeile ist nach dem Wort „beauftragt“ **einzuführen: „auf die PAGA einzuwirken ...“**
Dies wird von der Antragstellerin Fraktion PDS **übernommen.**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf die PAGA einzuwirken, das durch die Bundesregierung vorgegebene vorrangige Ziel, mit jedem Jugendlichen unter 25 Jahren unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen zum Alg II eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, bis 31.05.2005 für die Landeshauptstadt Potsdam umzusetzen.

Entsprechende Kooperationsvereinbarungen sind mit Arbeitgebern auf der Grundlage der gemeinsamen Erklärung über Eingliederungsmaßnahmen und öffentlich geförderte Beschäftigung für Arbeitslosengeld II-Empfängerinnen im Land Brandenburg vom 18. Februar 2005 abzuschließen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist über den Stand der Umsetzung in Form einer Mitteilungsvorlage im Juni zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Gegenstimmen
und einigen Stimmenthaltungen.